

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 92. Ratssitzung vom 30. November 2011

2021. 2011/350

Dringliches Postulat von Mauro Tuena (SVP) und Roger Liebi (SVP) vom 21.09.2011:

Stadtpolizei Zürich, Möglichkeiten zur Auszahlung oder Kompensation der Überzeit-Saldi

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Mauro Tuena (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1747/2011): Mit dem Vorstoss soll niemand zu etwas gezwungen werden. Überzeitsaldi sollen weiterhin als Freitage kompensiert werden können, wenn das vom betroffenen Mitarbeitenden so gewünscht wird. Aber auch die Auszahlung der Überzeit soll möglich sein.*

Betroffen sind rund 1 600 Mitarbeitende bei der Stadtpolizei, deren Überzeitsaldi vor allem aufgrund der Belastung während der Euro 2008 und in den Kreisen 1, 4 und 5 angewachsen ist. Per 1. Juli 2011 weist der Saldo gesamthaft 54 600 Überstunden auf. Schliesslich sollen mit dem Vorstoss die Saldi auf ein gesundes Mass zurückgefahren werden. Daher bitte ich den Rat, diesen Vorstoss so zu überweisen.

***Guido Trevisan (GLP)** begründet den namens der GLP-Fraktion am 5. Oktober 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist noch kein Jahr her, dass die Mehrheit des Gemeinderats, unter ihr auch die Postulanten, eine Stellenaufstockung bei der Stadtpolizei abgelehnt hat. Dieses Postulat ist heuchlerisch. Zusätzliche Stellen bei der Polizei werden zuerst abgelehnt und im Nachgang wird dann gefordert, dass die Überstunden ausbezahlt werden. Das ist ein Bilderbuchbeispiel für Symptombekämpfung, bei der die SVP für die Ursache mitverantwortlich ist.*

Schliesslich wird damit aber ein falsches Signal ausgesendet, indem man die Überstunden der einzelnen Polizistinnen und Polizisten gutheisst, aber nicht bereit ist, dringende Optimierungen vorzunehmen. Zum Schluss noch dies: Wird der Vorstoss konsequent umgesetzt, kostet das zusätzlich 2,76 Mio. Franken. Ich würde gerne wissen, woher dieses Geld kommen soll.

Weitere Wortmeldungen:

***Simone Brander (SP):** Aus Sicht der SP ist es zu begrüessen, dass sich auch die SVP um die Mitarbeitenden der Stadtpolizei sorgt. Tatsache ist, dass diese enormen Überzeitsaldi bestehen und es ist auch aus gewerkschaftlicher Sicht nötig, diese abzubauen.*

Bereits heute besteht die Möglichkeit der Barvergütung.

Es ist von der SVP allerdings scheinheilig, zusätzliche Stellen bei der Polizei abzulehnen, aber nun nach einer Kompensation für die dadurch entstehende Überzeit zu verlangen. Das Hauptproblem der zu wenigen Polizistinnen und Polizisten bleibt nämlich damit bestehen.

Daher beantragt Ihnen die SP die folgende Textänderung am Schluss des Postulattextes: «Zur Verbesserung der Situation soll der Stadtrat eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei prüfen.» Damit würde das Problem grundsätzlich angegangen werden.

Marcel Schönbächler (CVP): «Eine Stadt, ein Arbeitgeber, ein Leitbild.» Bitte merken Sie sich diese Worte.

Die Idee des Vorstosses ist gut und entspricht dem Zeitgeist, auch mit Blick auf das Obligationenrecht. Ich finde es wichtig, dass dem Personal die Wahlfreiheit eingeräumt wird, da es sich die Überzeit auch nicht aussuchen kann, sondern einfach leisten muss. Die entsprechende Regelung soll unkompliziert sein, was ich ebenfalls begrüsse. Durch die angedachte Regelung wird der Arbeitnehmende zudem dem Goodwill des Arbeitgebers entzogen. Denn nach geltendem Personalrecht muss zuerst kompensiert werden. Nur wenn das nicht möglich ist, erhält man Geld.

Aber die Umsetzung des Postulats ist nicht gratis. Die CVP wäre bereit, die dafür notwendigen Mittel zu sprechen. Bei der SVP bin ich mir da aber nicht so sicher.

Grundsätzlich muss anerkannt werden, dass das städtische Personal sehr gute Arbeit leistet. Daher regt die CVP folgende Textänderung an: «Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Überzeitsaldi sämtlicher Mitarbeitenden der Stadt Zürich – nur auf eigenen Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden – unkompliziert wahlweise kompensiert oder ausbezahlt werden können.» Dies gemäss der eingangs erwähnten Prämisse. Für die CVP stehen die Gerechtigkeit und die Gleichbehandlung aller Arbeitnehmenden im Vordergrund. Die genaue Umsetzung soll dem Stadtrat überlassen werden.

Dr. Martin Mächler (EVP) findet es störend, wie schwierig es in der Zwischenzeit sei, Stadtpolizist in der Stadt Zürich zu sein. Die Stadt bekunde anscheinend grosse Mühe, neue Leute zu finden. Die Überzeit sei nur ein Aspekt, weshalb dieser Beruf als unattraktiv gelte.

Daher empfinde die EVP das Postulat als ein Zeichen in die richtige Richtung. Dass es aber einiges kosten werde, verstehe sich von selbst. Er sei neugierig, ob die SVP wirklich bereit sei, dieses Geld auch zu sprechen. Das halte er für eher unwahrscheinlich. Das Ziel wäre aus seiner Sicht, dass die Stadtpolizisten nicht mehr so viel Überzeit leisten müssen, was bedeute, dass der Personalbestand so angehoben werden müsste, dass keine Überstunden mehr anfallen. Daher gefalle ihm die Textänderung der SP. Wenn der gewünschte Bestand erreicht sei, dürfe diese Regelung aber nicht mehr gelten, weshalb die EVP folgende Textänderung beantrage: «(...) einmalig und nur auf Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden». Denn es soll keine Spezialregelung für die Stadtpolizei für immer geschaffen werden. Zudem halte er es nicht für praktikabel, diese Regelung auch in anderen Verwaltungsbereichen anzuwenden. Als Beispiel nennt er die Pflege.

Markus Knauss (Grüne): Wenn das Postulat zusammen mit dem Budget eingereicht und gleichzeitig auch die entsprechenden Mittel darin eingestellt worden wären, dann wäre die SVP damit endlich glaubwürdig.

Dieser Vorstoss wurde aber einfach nur ins Blaue hinaus formuliert. Sollte das Postulat lediglich dazu benutzt werden, durch das Hintertürchen auch noch zusätzliche Polizeistellen zu schaffen, werden wir es ganz sicher ablehnen. In der jetzigen Form würden wir es aber unterstützen, da es immerhin ein aktuelles Problem aufgreift.

Marianne Aubert (SP) findet es interessant, dass die SVP plötzlich ein solches Postulat einreicht, wo sie doch immer gegen jegliche Mehrkosten war. Und auf einmal wolle sie nun die Überzeit auszahlen oder kompensieren lassen. Eine Kompensation bedeute aber, dass in dieser Zeit ein anderer Mitarbeitender die Arbeit übernehmen muss, wofür es zusätzliche Stellen benötige. Auch störe sie, dass der Vorstoss keinen Betrag nenne. Zudem sei mit dem Personalrecht die Möglichkeit für den Abbau der Überzeitsaldi bereits gegeben.

Sie habe den Verdacht, dass aufgrund des geringen Personalbestands gar keine Kompensation möglich und zu wenig Geld für die Auszahlung vorhanden sei.

Michael Baumer (FDP): Es ist hinlänglich bekannt, weshalb sich bei der Stadtpolizei so viel Überzeit angesammelt hat. Die FDP hat in der Vergangenheit bereits mehrfach eine Aufstockung des Personalbestands gefordert, was von der SP aber bisher nobel abgelehnt wurde.

Grundsätzlich stellt das Postulat ein Pflästerchen dar und widerspricht der Systematik des Personalrechts. Schliesslich soll mit dem Vorstoss auf eine Notlage reagiert werden. Daher steht der Antrag der CVP quer in der Landschaft, da nicht das ganze Personal der Stadtverwaltung davon betroffen ist. Einer Weisung kann leider kein einmaliger Charakter zukommen, auch wenn wir mit dem Antrag der EVP sympathisieren.

Roger Bartholdi (SVP) weist darauf hin, dass die SVP im Frontdienst immer mehr Stellen gefordert habe. In diesem Zusammenhang erinnert an seine Motion vom November 2006, die im September 2010 abgelehnt worden sei. Dieser Vorstoss hätte eine nachhaltige Stellenerhöhung im Frontdienst der Polizei vorgesehen. Er verweist in diesem Zusammenhang auch noch auf zwei weitere Vorstösse aus den SVP-Reihen. Daher könne man der SVP nicht vorwerfen, sie wolle nicht mehr Stellen im Frontdienst. Zudem liesse sich die jetzige Situation kurzfristig nicht mit einer Stellenaufstockung beheben. Aus diesem Grund müsse nun die Notlösung dieses Vorstosses zum Zuge kommen. Daher hoffe er auf die Unterstützung des Rates.

Marc Bourgeois (FDP): Es wurde bereits erwähnt, dass wir aus systematischen Gründen mit dieser Lösung nicht ganz glücklich sind, da sie eine Insellösung im ganzen Personalrecht darstellt.

Der Vorstoss wird von uns nur als Zeichen zur Unterstützung unserer Polizei bejaht, da sich diese in einem Sandwich verschiedenster Ansprüche befindet, weshalb diese Lösung auch nur für sie gelten soll. Nur aus diesem Grund sind wir bereit, diesen ordnungspolitischen Fauxpas zu schlucken.

Natürlich hat die SP mit ihrer Forderung recht. Gleichzeitig sollte aber auch geprüft wer-

den, ob nicht gewisse Verwaltungsstellen dem Frontdienst bei der Stadtpolizei zugeschlagen werden könnten. Zudem sind Prozessvereinfachungen zu prüfen. Zur CVP-Textänderung kann ich nur bemerken, dass sich die Partei anscheinend definitiv vom bürgerlichen Block verabschiedet hat.

Mauro Tuena (SVP) äussert sich erstaunt zum Reigen der Textanträge. Er bestätigt den von Guido Trevisan (GLP) genannten Betrag. Die SVP sei bereit, dem Textänderungsantrag von Simone Brander (SP) zuzustimmen, während sie alle anderen Anträge ablehne. Er bitte den Gemeinderat, das so abgeänderte Postulat an den Stadtrat zu überweisen.

Guido Trevisan (GLP) bekundet Mühe mit allen anderen Parteien, ausser der SP. Die anderen Parteien stellten für ihn eine Koalition der Symptombekämpfer dar. Er hält fest, dass die SVP sich in der Budgetdebatte gegen eine Stellenaufstockung entschieden habe. Aus seiner Sicht sei es heuchlerisch, nun lediglich die Symptome zu bekämpfen. Zudem finde sogar der Polizeibeamtenverband dieses Postulat etwas suspekt und würde es in der jetzigen Form nicht unterstützen. Die GLP werde weiterhin die Ursachenbekämpfung verfolgen und daher das Postulat ablehnen.

Roger Liebi (SVP): Ich bin etwas überrascht über die Parteien, die nun anscheinend die Sparkoalition verlassen haben. Zudem hat man bereits 2009 von grüner Seite inklusive dem Polizeivorstand 15 zusätzliche Polizeistellen abgelehnt. Dass die GLP das jetzt der SVP unterschieben will, finde ich doch etwas sehr speziell.

Roger Tognella (FDP): Es ist erstaunlich, dass die Grundregeln des Arbeits- und Personalrechts von der GLP anscheinend nicht verstanden werden. Denn es ist klar, dass Überzeit und nicht bezogene Ferien ausbezahlt werden müssen. Das heisst, die finanziellen Ressourcen müssen vorhanden sein, da die Auszahlung derselbigen spätestens beim Austritt erfolgen muss. Die GLP will hier aber anscheinend Fluktuationsmassnahmen einsetzen. Das ist nicht ökonomisch.

Salvatore Di Concilio (SP): Für den Konsens werde ich den Beschluss meiner Partei unterstützen. Aber eigentlich bin ich gegen jegliche Überzeit, da sie unter anderem der Gesundheit und dem Familienleben schadet.

Marcel Schönbächler (CVP) stellt fest, dass gewisse Personen im Saal das Personalrecht nicht gelesen hätten. In den Ausführungsbestimmungen dazu sei nämlich festgehalten, dass zuerst Freitage eingezogen werden müssten. Nur wenn das nicht möglich sei, erfolge eine Auszahlung der Überzeit. Zudem gebe er zu bedenken, dass bei Grosseinsätzen oft auch die Sanität dabei sei und entsprechend auch Überzeit generiere. Diese hätte daher auch Anspruch auf dieses Wahlrecht, was mit der Textänderung der CVP gewährleistet würde.

5 / 5

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Überzeitsaldi der Mitarbeitenden der Frontdienste der Stadtpolizei Zürich – nur auf eigenen Wunsch der betroffenen Mitarbeitenden – unkompliziert wahlweise kompensiert oder ausbezahlt werden können. Zur Verbesserung der Situation soll der Stadtrat eine personelle Aufstockung der Stadtpolizei prüfen.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 84 gegen 31 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat